

## Psychiatrie

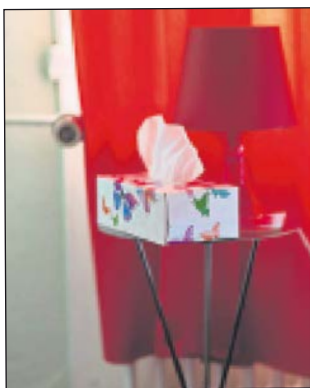
### Heim gesucht



Vor allem in Metropolen wie Hamburg und Berlin fehlt es an Wohnungen und an Betreuungsplätzen für schwer erkranktes Klientel. „Ein Riesenproblem“, so Christian Henning, Geschäftsführer des im wesentlichen geschlossenen Heims der Mederius GmbH in Bimöhlen. Hier landen viele Klienten, die nach der Akutbehandlung ihre Heimatstadt verlassen müssen – oder wollen. Wie lebt es sich hier? Besuch in Bimöhlen: **Seite 8**

## Sucht

### Ganz unten



Sie stehen ganz unten in der Hierarchie der Drogenkonsumentinnen und auch in der der Prostituierten: Frauen, die „anschaffen“, um ihren Konsum zu finanzieren. Um speziell ihnen zur Seite zu stehen mit sozialen und medizinischen Hilfen, gründete sich vor 25 Jahren der Verein Ragazza. Er betreibt auch den bundesweit einzigen Druckraum nur für Frauen. Ein Bildband hat das Milieu in St. Georg eingefangen (Foto: Tanja Birkner). **Seite 22**

## Reisen

### Ab in die Ferien!



Verschiedene Anbieter bieten betreute Reisen für Menschen mit Behinderungen an. Eine junge Hamburger Agentur hat Reisen und Tagesausflüge im Angebot. Die Bremer Lebenshilfe hat ein 50-seitiges Programm aufgelegt. Einige Alzheimer-Gesellschaften organisierten Touren für Demenzkranke und ihre Angehörigen. Und auch der EPPENDORFER macht Urlaub: Die nächste Ausgabe erscheint am 10. September! **Seite 3**

# Radikal böse, aber nicht krank

## Psychiatrische Klarstellungen in Sachen Terrorismus und Fanatismus

Wie kann es sein, dass Menschen zu so skrupellosen Massenmördern werden? Die müssen doch verrückt sein – so die immer gleiche Reaktion vieler auf neue, schwere Terror- und Gewaltakte. Dass Terrorismus zwar dissoziale, gewalttätige Menschen und Psychopathen besonders anziehen dürfte und bei Menschen mit bestimmten Persönlichkeitsstörungen auf fruchtbarerem Boden fällt, dass aber nur wenige Terroristen schwer psychisch krank im eigentlichen Sinn sind, machten Experten bei einem Presseworkshop der DGPPN deutlich, der den Titel „Gewalt und Terrorismus: das Unbegreifliche begreifen“ trug. DGPPN-Vorstandsmitglied Dr. med. Nahlah Saimeh verwies hier auch auf gesellschaftliche Hintergründe und forderte mehr Jugendarbeit auch im Migrationsmilieu sowie eine intensive, adressatengerechte und basisnahe Vermittlung „unverrückbarer Regeln, von Werten und Tabus“ eines westlichen Rechtsstaats. „Die Menschen sind auf der Suche nach Grenzen und Regeln“, sagte sie.

BERLIN (hin). „Terrorismus zu psychiatrisieren heißt zu bagatellisieren“, so Saimeh. Wissenschaft und Statistik zeigten, dass diese Taten nur selten auf eine psychische Erkrankung zurückzuführen sind. Zwar könnten z. B. Wahnvorstellungen, Drogeneinflüsse und auch hirnganisch bedingte Störungen zu radikal aggressiven Akten führen, doch meistens gebe es keine klinische Erklärung für diese Taten. „Extremistische Täter wissen meist sehr genau, was sie tun und welche Folgen ihr Handeln hat.“ Die forensische Psychiatrie habe bislang kein psychopathologisches Musterprofil eines Terroristen erstellen können, so die Ärztliche Direktorin am LWL-Zentrum für Forensische Psychiatrie Lippstadt. Entscheidend seien vielmehr komplexe individuelle und gesellschaftliche Prozesse.

Radikalisierte Menschen fühlten sich oft massiv benachteiligt und von der Gesellschaft ausgeschlossen, seien verbittert und verorten die Ursache für ihre vermeintliche Unterlegenheit im Außen. Terror basiere auf dem nach außen verlagerten inneren Feind, führte sie den Psychoanalytiker Arno Gruen an. Dieser bezeichnete Terroristen als hilflose, gedemütigte Menschen, die ihre Hilflosigkeit in „eine Art Grandiosität“ transformierten und glaubten, ihr Leben dadurch in den Griff zu bekommen, dass sie über das

Leben anderer verfügten, indem sie diese demütigten und töteten. Es gebe gewisse „Persönlichkeitsstrukturelle Eigenschaften“, die Anfälligkeit für Radikalisierung befördern, so Saimeh: z.B. Wut und heftige Emotionen. Und Selbsthass, der – umgewandelt – in einer zerstörerischen Ideologie aufgehen könne, die sich dann gegen andere richtet. Sowie der rasche Wechsel zwischen Idealisierung und Entwertung – eine Borderline-Persönlichkeitsorganisation, unreife Moralentwicklung, maligner Narzissmus. Auch paranoide, antisoziale oder narzisstische Persönlichkeitsstörungen machen empfänglicher für Radikalisierung (und für Straffälligkeit allgemein). Gesellschaftliche Aspekte gehören auch zum Bild: Komplexe Gesellschaften verlangten viel und insbesondere, dass Unzulänglichkeiten und Ambivalenz ausgehalten werden, was Ich-Stärke erfordere. Radikalisierung indes reduziere die Komplexität, erklärte Saimeh. Auch befreie sie von Ambivalenz und Spannung. Unter Radikalisierten beobachtet wurde, dass Menschen, die früher ein massives Suchtproblem hatten, auf einmal abstinenter wurden. Menschen ohne Ich-strukturelle Festigkeit würden sich nach einem „äußeren Korsett“ sehnen.

(Weiterer Bericht zum Thema Gewalt, Radikalisierung und Terrorismus in der nächsten Ausgabe).

# Breiter Protest

## Kabinetts billigt Teilhabegesetzentwurf – Verbände und Betroffene fordern grundlegende Nachbesserungen

BERLIN (hin) Das Gesetz soll behinderten Menschen mehr Selbstbestimmung bringen. Doch nun hat das Bundeskabinetts am 28. Juni einen Entwurf für ein neues Teilhabegesetz gebilligt, den die, denen es Verbesserung bringen soll, so nicht wollen. Behindertenverbände und Betroffene befürchten Verschlechterungen und Leistungseinschränkungen, protestieren auf breiter Ebene und fordern Nachbesserungen. Dabei soll die größte sozialpolitische Reform der Großen Koalition schon 2017 in Kraft treten. Sie wandert jetzt zur Weiterberatung ins parlamentarische Verfahren, in Bundestag und Bundesrat.

Ziel ist, dass behinderte Menschen stärker am öffentlichen Leben teilnehmen können und die finanziellen Hilfen neu geregelt werden. Unter anderem stehen den Betroffenen höhere Freibeträge beim Einkommen und Vermögen zu. Zudem soll das Einkommen des Partners nicht mehr angerechnet werden. Künftig müssen behinderte Menschen nachweisen, dass sie in fünf von neun Lebensbereichen dauerhafte Unterstützung benötigen.

„Das Gesetz kann so nicht bleiben“, sagte die Bundesvorsitzende der Organisation für geistig Behinderte, Ulla Schmidt. Besonders die Ausweitung des Ausschlusses von Leistungen der Pflegeversicherung im Pflegeverstärkungsgesetz (s.a. S.2) sei „eine Diskriminierung von Menschen, die als Versicherte Beiträge zahlen.“ Die Lebenshilfe mit ihren 130.000 Mitgliedern startete eine bundesweite Protestkampagne und ruft dazu auf, eine Petition zu den Gesetzentwürfen zu unterzeichnen. (Motto: #TeilhabeStattAusgrenzung). Von den derzeit rund 860.000 Beziehern von Eingliederungshilfe habe die Mehrheit eine geistige Behinderung. Bleibe die Reform so, wie sie ist, hat das laut der Lebenshilfe schwerwiegende Auswirkungen: Manche Menschen müssten fürchten, ganz aus dem Hilfesystem herauszufallen. Anderen drohe, dass sie gegen ihren Willen mit anderen zusammen wohnen müssen oder in Pflegeeinrichtungen abgeschoben werden.

Landauf landab wurden Petitionen und Resolutionen formuliert. Wenn man „geistig behindert“ durch „seelisch behindert“



Medienwirksam: Behinderten-Aktivistinnen im Rollstuhl protestierten in Berlin gegen befürchtete Einschränkungen durch das neue Bundesteilhabegesetz. Foto: Andi Weiland / Gesellschaftsbilder.de

ersetze, treffe der Lebenshilfe-Text genauso zu, machte Dr. Hans Jochim Meyer, Vorsitzender des Hamburger Landesverbandes der Angehörigen psychisch Kranker, deutlich. Er rief dazu auf, die Lebenshilfe-Petition zu unterstützen. Im Zuge einer von der Inklusions-Arbeitsgruppe der Brücke Lübeck veranstalteten Informationsveranstaltung wurde eine „Lübecker Resolution“ zum Bundesteilhabegesetz initiiert. „Wir sehen die Gefahr, dass der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form nicht zur Inklusion sondern zur Exklusion psychisch kranker Menschen führen wird“, heißt es darin. Der Entwurf müsse

grundlegend überarbeitet werden. Auch der Paritätische und der Sozialverband Deutschland forderten ebenso wie die Opposition im Bundestag Nachbesserungen.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) sagte, sie habe Verständnis für weitergehende Forderungen. Doch dürfe man die Reform nicht kleinreden. Sie leite einen „Systemwechsel“ ein. „Mit dem Gesetz soll es niemandem schlechter gehen, aber vielen besser“, versicherte sie. Der Sozialverband VdK warnte: „Wenn wir das jetzt nicht durchsetzen, werden wir in den nächsten Jahren kein besseres Gesetz bekommen“, so Präsidentin Ulrike Mascher.

## AUS DEM INHALT

<b>KLINIKEN</b>	<b>BREMEN</b>
Qualitätsberichten mangelt es an Personalangaben S. 4	Symposium rund um sichereren Medikamenteneinsatz S.11
<b>PSYCHIATRIE</b>	KINDER & ELTERN
Panik vor der Räumung: Umgang mit dem Messie-Syndrom S. 5	Die besonderen Probleme von Familien im Exil S. 13
<b>PSYCHIATRIE</b>	KULTUR
Forschung mit Ausblick: Ein „Rundumschlag“ S. 7	Hannah Bischofs „Zyklus für Maria“ in Neustadt/H. S. 16
<b>SCHLESWIG-HOLSTEIN</b>	SUCHT
Warum werden so viele Menschen zwangsweise untergebracht? S. 9	Sterbebegleitung bei Drogenabhängigen S. 17
<b>HAMBURG</b>	SELBSTHILFE
Inklusives Wohnquartier Kesselflickerweg eingeweiht S.10	Schreibend zur seelischen Gesundheit S. 24



# Lichtblick für Akutkranke

■ Psychotherapiereform ermöglicht schnellere Hilfen im Notfall / Kritik an Dokumentation und Prophylaxe-Regelung

**Psychotherapeutische Sprechstunde, Akutbehandlung und Rezidivprophylaxe – das sind die Kernelemente einer Psychotherapiereform, die jetzt der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) beschlossen hat. Damit setzt er eine Vorgabe des Versorgungsgesetzes um. Stimmt der Gesundheitsminister zu, können die Änderungen im April 2017 in Kraft treten. Die Fachverbände äußerten sich nur eingeschränkt zufrieden. Begrüßt wurden die neuen Akuthilfsmöglichkeiten, kritisiert wurden aber u.a. die neu eingeführte Dokumentation ambulanter Behandlungen sowie die Regelungen zur Rezidivprophylaxe.**

BERLIN (hin). Statt monatelanger Wartezeiten im Akutfall erstmal in die Sprechstunde. Dort stehen für Diagnostik bis zu 150 Minuten zur Verfügung. Um Chronifizierungen vorzubeugen, kann dann für Patienten, die schnelle

Hilfe brauchen – z.B. weil sie sonst in ein Krankenhaus müssten oder nicht mehr arbeiten könnten – „zeitnah“ eine Akutbehandlung anfangen. Diese muss der Kasse angezeigt werden und kann bis zu 600 Minuten dauern. Therapeuten können Zeiten für Sprechstunden vorhalten – mindestens zwei Stunden sollen es sein – müssen es aber nicht.

Alternativ kann auch wie bisher der klassische Weg gegangen werden: Probatorische Gespräche und Langzeittherapie, die von einem Gutachter genehmigt werden muss. Hier bleibt es bei 160 bis zu maximal 300 Stunden analytische Psychotherapie, 60 bis maximal 100 Stunden tiefenpsychologische Therapie und maximal 80 Stunden Verhaltenstherapie.

Danach kann als weitere Neuerung noch eine so genannte Rezidivprophylaxe angeschlossen, für die über einen Zeitraum von zwei Jahren acht bis 16 der Therapiestunden für Rückfallvorbeugung genutzt werden können. Psychotherapeutenverbände sprechen in einer Stellungnahme allerdings von einer „Mogelpackung“: „Es wird lediglich die Möglichkeit eingeräumt, das letzte Therapiekontingent einer Langzeittherapie auf bis zu zwei Jahre zu strecken. Das war schon bisher möglich.“ Die Verbände forderten den Minister auf, den G-BA zu einer Nachbesserung aufzufordern.

Für chronisch und schwer kranke Patienten wäre „ein flexibles Behandlungs-

angebot nach Abschluss einer Psychotherapie sinnvoll“ gewesen, meint auch der Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer BPTK, Dietrich Munz.

Die Kammer stößt sich auch an den Fragebögen, die künftig von Patient und Therapeut zu Beginn und zum Ende einer Behandlung ausgefüllt werden müssen. Sie seien „weder patienten- noch nutzenorientiert, noch evidenzbasiert“. Fragen und Antwortmöglichkeiten seien zudem in einer „zum Teil verletzenden und stigmatisierenden Sprache“ verfasst. So würden etwa „abnorme Erziehungsbedingungen“ oder „abnorme intrafamiliäre Beziehungen“ abgefragt.

Die Verbände kritisierten ferner die ungenügende Verbesserung für den Bereich der Gruppentherapien. Die sieht auch die DGPPN. „Geht in die richtige Richtung, ist aber nicht umfassend genug“, lautet ihr Gesamtkommentar. Die Fachgesellschaft fordert eine „grundlegende Neustrukturierung der gesamten ambulanten Versorgung“, damit auch Menschen mit schweren chronischen psychischen Erkrankungen profitieren könnten. Nur bei „einem kleinen Anteil der Patienten mit psychischen Erkrankungen erfolge eine Richtlinienpsychotherapie. Bei allen anderen Betroffenen seien z.B. medikamentöse oder psychosoziale Interventionen oder kurzzeitige psychotherapeutische Gespräche angezeigt, so DGPPN-Vorstandsmitglied Dr. Christa Roth-Sackenheim.

## Meldungen

### Pflegereform III

BERLIN. Das Bundeskabinett hat den Entwurf für das so genannte Dritte Pflegestärkungsgesetz beschlossen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats soll es größtenteils zum 1. Januar 2017 in Kraft treten (Regelungen mit Bezug auf das Teilhabegesetz sollen erst 2020 gelten). Im Mittelpunkt steht eine Stärkung der Rolle der Kommunen, die z.B. künftig die Einrichtung von Pflegestützpunkten initiieren können. Kommunale Beratungsangebote sollen verzahnt werden. Dazu soll in bis zu 60 Modellvorhaben eine Beratung zur Pflege in verschiedenen Bereichen aus einer Hand getestet werden. Maßnahmen zur Verhinderung von Pflegebetrug werden verschärft. Die Gesetzliche Krankenversicherung erhält ein systematisches Prüfrecht: Auch Pflegedienste, die ausschließlich Leistungen der häuslichen Krankenpflege erbringen, sollen künftig regelmäßig durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) geprüft werden. Der ab 2017 geltende neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der auch geistige und psychische Einschränkungen einbezieht, wird nun auch für Bezieher von Eingliederungshilfe nach SGB XII sowie nach dem Bundesversorgungsgesetz wirksam.

### Pharmagelder offen gelegt

BERLIN. Die Pharmaindustrie hat im vergangenen Jahr in Deutschland 575 Millionen Euro an Ärzte und Krankenhäuser gezahlt – für Studien, Weiterbildungen und Vortragshonorare. Das berichtete Zeit online. 366 Millionen Euro gingen demnach an Ärzte, Kliniken und andere Gesundheitsberufe – für klinische Studien und die umstrittenen sogenannten Anwendungsbeobachtungen. 119 Millionen Euro seien für Vorträge und Fortbildungen an Ärzte gezahlt worden. Mit diesen Angaben

haben die forschenden Pharma-Unternehmen erstmals einen so genannten Transparenzkodex umgesetzt, zu dem sie sich nach eigenen Angaben freiwillig verpflichtet haben. Die beteiligten Unternehmen veröffentlichen ihre Zahlungen künftig auf ihren Internetseiten (unter dem Stichwort Transparenzkodex), darunter auch die an einzelne Ärzte – aber nur, wenn diese zustimmen, was bereits von mehreren Seiten kritisiert wurde.

### Asklepios bei Gericht

HAMBURG. Asklepios hat beim Verwaltungsgericht einen Antrag auf einstweilige Anordnung gegen Dr. Frank Ulrich Montgomery gestellt, berichtete das Hamburger Abendblatt. Der Ärztekammerchef solle seine Äußerung, bei Asklepios herrsche eine „Hire-and-Fire-Mentalität“, zurücknehmen. Montgomery selbst gab sich gelassen: Er habe Asklepios gar nicht direkt angesprochen, und es sei auch seine Aufgabe, auf Missstände im Sinne von Patienten und Ärzten aufmerksam zu machen.

### Reform schützt Behinderte

BERLIN. Die Bundesbehindertenbeauftragte Vera Bentele hat die vom Bundestag beschlossene Reform des Sexualstrafrechts begrüßt. In Zukunft ist jede sexuelle Handlung strafbar, wenn sie „gegen den erkennbaren Willen“ durchgeführt wird. Können Menschen aufgrund ihres körperlichen oder psychischen Zustands nicht uneingeschränkt ihren Willen bilden oder äußern, muss sich ihr Gegenüber der ausdrücklichen Zustimmung versichern. Wenn ein Täter diese Behinderung ausnutze, wirke dies künftig strafverschärfend. Damit werde eine bisherige Ungleichbehandlung aufgehoben. (rd)

## Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

## Ein Sommer ohne Sommerloch

Sie denken vermutlich, ich genieße die Sommerpause und habe meinen Brief für die Doppelausgabe des „EPPENDORFER“ als SMS im Strandkorb geschrieben. Denkste. Bis weit in den Juli hinein drängeln sich in Berlin die Tagungen. An den Hochschulen trifft man sich zu den finalen Konferenzen, und ein allererstes Mal haben sich sogar die drei Berliner Hochschulen, an denen Soziale Arbeit unterrichtet wird, zusammengetan. Der „Fachtag Praxis“ fand in einer ungewöhnlich schönen Location der „Guttempler“ im Szenebezirk Neukölln statt. Lehrende, Studierende, Praxisanleiterinnen und Berufsanfängerinnen beschäftigten sich einen Tag lang mit dem Thema Praktikum und Berufsanfang. Abwechselnd hörte man Statements ausgewählter Protagonisten, aber vor allem wurde in diversen „World-Cafés“ themenzentriert diskutiert. Die Stimmung war hervorragend, und von der befürchteten Konkurrenz war nichts zu merken.

Man war sich recht schnell einig: Ein einziges studienintegriertes Praktikum von 20 Wochen Dauer ist viel zu wenig. Wir brauchen wieder mindestens ein halbjährliches Anerkennungsjahr, und – das scheint mir das wichtigste – Praktika müssen endlich wieder „anständig“ bezahlt werden. Das „Netzwerk prekäres Praktikum“ berichtet, dass 67 Prozent aller Studierenden während des Vollzeitpraktikums zusätzlich arbeiten müssen. Nicht wenige klappen unter der Doppelbelastung zusammen. Eine Vertreterin der Senatsverwaltung versprach hoch und heilig, die Sache voranzutreiben. Übrigens: „Gefragt wie nie“, verkündete die Süddeutsche. Wir haben die Ingenieure von ihrem Spitzenplatz verdrängt. So schlecht bezahlt, wie noch nie.

Das neue PsychKG ist in Sack und Tüten, und ganz konkret im Berliner Amtsblatt veröffentlicht. Im Berliner Abgeordnetenhaus wurde am 9. Juni 2016 das „Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten“ mit den Stimmen der Großen Koalition verabschiedet. Piraten, Grüne und Linke waren dagegen. Bei Youtube kann man sich diese Sitzung inklusive namentlicher Stimmabgabe und aller Plaudereien und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Gemüte führen. Siehe

[http://www.youtube.com/watch?v=I0lhKQQ\\_k#t=14m32](http://www.youtube.com/watch?v=I0lhKQQ_k#t=14m32).

Immerhin wurde der umstrittene Passus, der den Sozialpsychiatrischen Diensten das Betreten von Wohnungen gewähren sollte, gestrichen. Die Berliner Informations- und Beschwerdestelle (BIP) wird gestärkt und besser ausgestattet; zwei Besuchskommissionen werden installiert. Die Zwangsbehandlung ist, wenn auch sehr eingeschränkt, vorgesehen. In einem leidenschaftlichen Statement wettete Dirk Behrendt von den Grünen, dass die Elektroschocktherapie mit diesem Gesetz noch immer nicht verboten sei. Er empfahl „Einer flog über das Kuckucksnest“ zu sehen, um sich von der Unmenschlichkeit dieser Behandlungsmethode zu überzeugen.

### „Per Anhalter in die Sozialpsychiatrie“

Die Jahrestagung der DGSP kommt näher, und die Vorbereitungen werden konkreter. Die begrenzten Plätze unserer kleineren Pre-Tagung „Don't panic. Per Anhalter in die Sozialpsychiatrie“ in der Katholischen Hochschule für Sozialwesen waren innerhalb weniger Tage ausgebucht. Nun diskutieren wir über Bouletten, die Gestaltung der Fete und das Kulturprogramm.

Glücklicherweise hat mich Michael von Cranach darauf aufmerksam gemacht, dass pünktlich zur Tagung der Euthanasie-Film „Nebel im August“ in die Kinos kommen wird. Also zeigen wir ihn in einer Sondervorführung. Hauptdarsteller dieses berührenden Spielfilms ist der 13-jährige Ivo Pietzcker. Der Nachname ist in der Berliner Szene nicht unbekannt. Der (Sozial-) Psychiater Adolf Pietzcker, Ivos Großvater, war über Jahrzehnte an der Psychiatrischen Klinik der FU tätig. Am 23. Mai wurde er in Charlottenburg beerdigt. **Ilse Eichenbrenner**

### Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

## IMPRESSUM

Verlagsanschrift:  
Vitanas GmbH & Co. KGaA  
Vitanas Sozialpsychiatrisches  
Centrum Koog-Haus  
Eppendorfer  
Koogstraße 32  
25541 Brunsbüttel  
Telefon: (04852) 96 50-0  
Telefax: (04852) 96 50-65  
E-Mail: koog-haus@vitanas.de

Herausgeber:  
Matthias Roller  
Vitanas Gruppe  
Michael Dieckmann  
AMEOS Gruppe (Vi.S.d.P.)  
Internet: www.eppendorfer.de  
www.kooghaus.de  
www.vitanas.de  
www.ameos.eu

Redaktionsleitung,  
Layout und Satz  
Anke Hinrichs (hin)  
Redaktionsbüro NORDWORT  
Große Brunnenstr. 137  
22763 Hamburg  
Tel.: 040 / 41358524  
Fax: 040 / 41358528  
E-Mail: ahhinrichs@aol.com

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Sönke Dwenger, Ilse Eichenbrenner, Michael Freitag (frg), Esther Geißlinger (est), Michael Götsche (gö), Annemarie Heckmann (heck), Gesa Lampe (gl), Dr. Verena Liebers, Dr. Heidrun Riehl-Halen (hrh), Jens Riedel (jri), (rd) steht für Redaktion, pid (Heidi Niemann) Agentur: epd

Druck: Boyens MediaPrint, Heide  
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2016.  
Der Eppendorfer erscheint zehnmal im Jahr und kostet jährlich 39,50 Euro.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, auf die zusätzliche Nutzung der weiblichen Form zu verzichten.





Ob mit dem Auto durch die Berge, in der Mozartstadt Salzburg oder am Strand der Nordsee: Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erfahren ...

Fotos (3): Hinrichs

# Reisen mit Handicap

Anders leben und lernen auf Reisen: Spezialagenturen organisieren Urlaube für Menschen mit Behinderungen – ein Anbieter erklärt, wie diese ablaufen und worauf es dabei ankommt

**Wer eine Behinderung hat, muss zur Urlaubszeit nicht zu Hause bleiben. Noch nicht einmal dann, wenn weitere Erschwernisse hinzukommen, wie etwa psychische Probleme oder die Abhängigkeit von einem Rollstuhl. Verschiedene Anbieter bieten organisierte betreute Reisen an. Die junge Hamburger Agentur Stern-Reisen etwa hat Gruppen- und Individualreisen sowie Tagesausflüge im Angebot. Auch reine Organisation und Begleitung bietet sie an. Die Gesamtreisekosten hängen vom Betreuungsaufwand ab. Die Bremer Lebenshilfe hat ein 50-seitiges Programm im Angebot. Einige Alzheimer-Gesellschaften organisieren betreute Urlaube für Demenzkranke und ihre Angehörigen.**

HAMBURG (gl). Die Agentur Stern-Reisen hat ein System ausgetüftelt von einem bis zu vier Sternen: Je größer der Betreuungsaufwand, desto mehr Sterne. Eine Reise nach Röbel an der Müritz mit neun Übernachtungen etwa kostet laut Katalog zwischen 989 und 1399 Euro. Bei der Krankenkasse kann immerhin eine Erstattung der jeweiligen Betreuungskosten beantragt werden – wenn die Voraussetzungen der Verhinderungspflege gemäß § 39 SGB XI vorliegen.

„Auf so einer Reise löst man sich aus festen Strukturen, macht neue Erfahrungen, lernt viele Leute kennen und lebt deutlich selbstbestimmter als im Alltag“, sagt Julian Uhlig im Gespräch mit dem EPPENDORFER. Gemeinsam mit Geschäftspartner Tove Selzam, einem alten Freund aus Schulzeiten, beschloss er Ende 2013, die Freizeit- und Reiseagentur für Menschen mit Lernschwierigkeiten zu gründen. Obwohl einzelne Reisen mangels ausreichender Teilnehmerzahl bereits ausfallen mussten, wachse das Ge-

schäft. Auch suche die Agentur immer wieder neue Reisebegleiter. Inzwischen seien insgesamt knapp 50 Teilnehmer mit Stern-Reisen unterwegs gewesen – sowohl im Urlaub als auch auf verschiedenen Tagesausflügen. Dieses Jahr stehen für die Monate Mai bis Oktober bereits sechs verschiedene Gruppenreisen im Katalog – unter anderem nach Mallorca, Köln und Berlin. „Vier finden statt“, so Uhlig, „und die Reise nach Röbel ist bereits ausgebucht.“

„Unsere Teilnehmer sind zwischen 20 und Mitte 60“, so Uhlig. Das Mindestalter sei 18. Manche der Urlauber seien mit dem Rollstuhl unterwegs, andere zeigten zwanghaftes Verhalten, wieder andere litten unter Demenz oder Depressionen. Doch auf den Reisen werde sehr viel gelacht und geredet. „Das absolute Highlight war eine Floßfahrt, auf der jeder einzelne Teilnehmer einmal steuern konnte – sogar die Rollstuhlfahrer.“ Die Erfahrung zeige, dass Teilnehmer häufig viel mehr können, als ihre Eltern oder Betreuer



Julian Uhlig ist Sozialpädagoge und auch noch an einer Schule tätig. Foto: Lampe

glauben. Andere trauten sich plötzlich ganz neue Sachen zu. Auf den Reisen gebe es kein starres Programm, dafür aber viel Zeit und jeden Tag zwei bis drei Angebote – von Museumsbesuchen und Sight-

seeing über Fußball-Turniere und Badespaß bis hin zu Lagerfeuer und Karaoke-Show. Darüber hinaus komme stets ein eigener Koch mit, und jeder, der möchte, könne dabei helfen, das Essen vorzubereiten.

„Die Reisebegleiter bringen eigene Erfahrungen mit und werden zudem von uns in Tagesschulungen über Themen wie Reiseablauf, Recht, Pflege oder auch verschiedene Arten von Behinderungen unterrichtet“, so Uhlig. Sie seien Honorarkräfte und kämen in der Regel von Unis oder Erzieher-schulen. Stern-Reisen übernehme auch die Medikamentenvergabe an die Reiseteilnehmer.

Vor Reisebeginn gebe es immer ein wenig Papierkram – dazu gehören neben dem Medikamentenblatt etwa Anmeldeformular, Betreuungsbogen und Kofferliste. Vor großen Reisen gebe es außerdem ein Vortreffen. „Und wer die Reisekosten

nicht auf einen Schlag bezahlen kann, dem bieten wir Ratenzahlung an“, so Uhlig.

Die Geschäftspartner Uhlig und Selzam führen ihre Agentur momentan noch nebenher. Sozialpädagoge Julian Uhlig ist mit 40 Prozent in seinem gelernten Job an einer Schule tätig, Tove Selzam ist persönlicher Assistent eines Querschnitts-gelähmten. Erfahrung mit Reisen für Menschen

mit geistiger Behinderung haben jedoch beide: „Ich habe in Nordrhein-Westfalen schon viele ähnliche Freizeiten geleitet“, so Uhlig. Selzam habe damals einige dieser Reisen begleitet. Der Name Stern-Reisen soll übrigens auf den benachbarten Stadtteil Sternschanze sowie auf Fernweh und Sternegucken verweisen.

Weitere Informationen unter Telefon (040) 361 959 64 sowie unter [www.sternreisen-hamburg.de](http://www.sternreisen-hamburg.de).

## Tagesschulungen über Recht und Pflege für Reisebegleiter

## Reisen mit Demenz

BERLIN (rd). „Rehabilitation und Urlaub für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen“ lautet der Schwerpunkt eines von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft herausgegebenen Alzheimer Info-Hefts (Ausgabe 1/16). Darin werden u.a. verschiedene Kliniken vorgestellt, die sich auf Reha bei Demenz bzw. Reha für pflegende Angehörige von Demenzkranken spezialisiert haben, sowie Angebote der mobilen und stationären geriatrischen Rehabilitation.

Angehörige berichten über ihre Erfahrungen in Reha-Einrichtungen und geben Hinweise auf Finanzierungshilfen. Örtliche Alzheimer-Gesellschaften stellen Angebote des Betreuten Urlaubs vor, und in einem Übersichtsartikel wird erklärt, was nötig ist, damit ein solcher Urlaub gelingen kann. Das Einzelheft kann für drei Euro bestellt werden über: [https://shop.deutsche-alzheimer.de/alzheimer\\_info](https://shop.deutsche-alzheimer.de/alzheimer_info)

## Lebenshilfe on Tour

Bremer Fahrten ins In- und Ausland

BREMEN (epd). Ferien auf dem Reiterhof, Bade-Urlaub am Brahmsee und Tage an der Nordsee: Die Bremer Lebenshilfe organisiert in diesem Jahr erneut Urlaub für geistig behinderte Menschen. Auch Menschen mit einer starken Beeinträchtigung könnten mitfahren, betonte Koordinatorin Bianca Baumgarten gegenüber der Presse. Die Reisen im 50-seitigen Programm der Lebenshilfe führen mit Bussen und auch im Flugzeug ins In- und Ausland. Die Bremer Lebenshilfe bietet seit mehr als zehn Jahren derartige Reisen an. „Die Nachfrage ist groß, denn es gibt keine Ausschlusskriterien“, so Baumgarten. Besonders beliebt sind Flugreisen, etwa nach Mallorca, sowie Reisen ans Meer und auf die Inseln. Bei den Jüngeren sind Reiterferien ein Renner.

Seit dem Start von „Lebenshilfe Tours“ sind den Angaben zufolge mehr als 2000 Teilnehmer mitgefah-

ren. Wer eine Reise bucht, zahlt einen Grundbetrag und einen Aufschlag für die Pflege. Zuschüsse seien unter bestimmten Bedingungen etwa aus der Pflegekasse und vom Sozialamt möglich. Von Beginn an habe es auch Reisen für Kinder und Jugendliche gegeben, sagte Baumgarten. „Für Kinder und Eltern sind diese Reisen gleichermaßen wichtig: Kinder erleben die Gemeinschaft mit anderen Kindern. Eltern haben Zeit für sich, um neue Kraft zu gewinnen oder um sich intensiver um ihre anderen Kinder zu kümmern.“ Wenn Eltern zunächst ausprobieren wollen, ob eine Reise mit der Lebenshilfe für ihr Kind überhaupt funktioniert, können sie ein „Schnupper-Wochenende“ vom 16. bis 18. September in Wulsbüttel bei Bremen buchen. Weitere Infos gibt Danica Faupel (0421/38777-71), die bei der Lebenshilfe die Reisen für Kinder und Jugendliche koordiniert.

## Weitsprung

Wo reisend Beschäftigung gefördert wird

Der Anbieter Weitsprung-Reisen bietet ebenfalls Gruppen- und Individualreisen an – darunter laut Claudia Einfeldt vom Hamburger Büro auch gemischte Gruppen für Menschen mit körperlichen Handicaps, geistigen Behinderungen und psychischen Beeinträchtigungen. Der Fokus liege bei Weitsprung allerdings auf Reisen für Menschen mit rein körperlichen Einschränkungen. Unterstützung erhält Weitsprung in Hamburg von der Stiftung Hamburger Initiative. Die Stiftung fördert die Beschäftigung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, die am Arbeitsmarkt durch ihre Beeinträchtigung oft keine Perspektive haben. Diese Menschen finden in ihrer Mitarbeit im Reisebüro eine sinnstiftende Tätigkeit – wertvolle Arbeit in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext, die es ihnen zudem ermöglicht, eigenes Geld zu verdienen. Weitere Informationen unter der Telefonnummer 040 / 38 90 45 75 oder im Internet unter [www.weitsprung-reisen.de](http://www.weitsprung-reisen.de). Ein weiterer Reiseanbieter für Menschen mit geistigen und Mehrfachbehinderungen ist Yat-Reisen (Telefon: 05254 / 66 23 50, Internet: [www.yat-reisen.de](http://www.yat-reisen.de)). (gl)